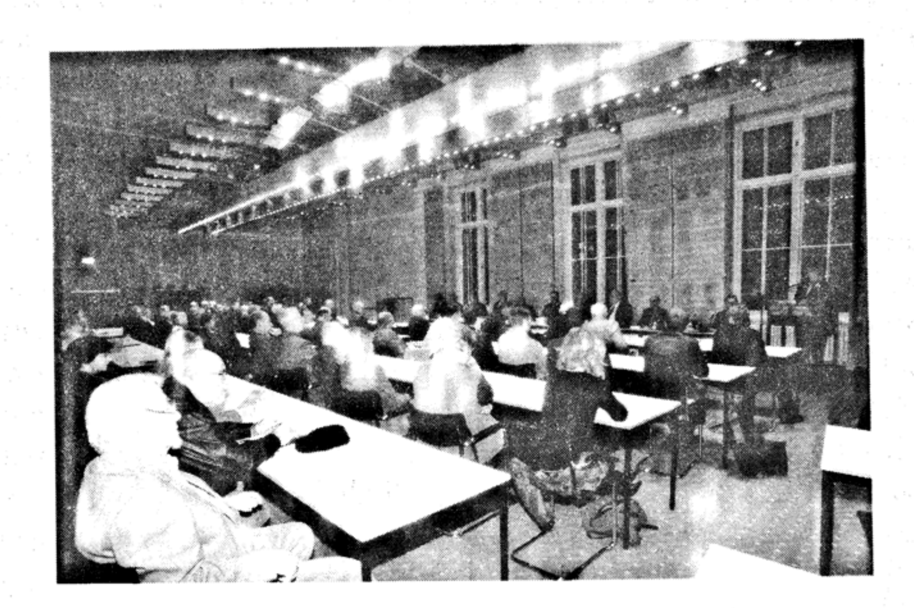
Sowjetische Quellen zur deutschen Zeitgeschichte – Forschungs- und Editionsprobleme

Podiumsdiskussion am 15. November 2004
im Berliner Abgeordnetenhaus
zum Erscheinen der deutsch-russischen Edition
„Die UdSSR und die deutsche Frage, 1941 – 1948"
hrsg. und bearb. von J. P. Laufer und G. P. Kynin





Duncker & Humblot · Berlin

Fremddatenübernahme und Druck:
Berliner Buchdruckerei Union GmbH, Berlin
Printed in Germany

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ♾

Internet: http://www.duncker-humblot.de

Vorwort

Die vorliegende Veröffentlichung enthält die überarbeiteten Beiträge einer Podiumsdiskussion am 15. November 2004 im Berliner Abgeordnetenhaus, die vom Zentrum für Zeithistorische Forschung, von der Gemeinsamen Deutsch-Russischen Historikerkommission und dem Verlag Duncker & Humblot mit Unterstützung der Thyssen-Stiftung veranstaltet wurde.

An der Podiumsdiskussion, die mit einer kritischen Würdigung des Editionswerks durch den Gründungsdirektor des Deutschen Historischen Instituts in Moskau, Prof. Dr. Bernd Bonwetsch, eingeleitet wurde, beteiligten sich der Leiter des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts, Dr. Ludwig Biewer, der Chef der Historisch-Dokumentarischen Verwaltung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, Aleksandr A. Čurilin, der Senior-Direktor des Zentrums für Zeithistorische Forschung, Prof. Dr. Christoph Kleßmann, und die beiden Herausgeber der Edition. Die auf dieser Veranstaltung übermittelten Grußworte des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesinnenminister, des Gesandten der Russischen Föderation, des Chefs der Historisch-Dokumentarischen Verwaltung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Russischen Föderation, des Seniordirektors des Zentrums für Zeithistorische Forschung und des Juniorchefs des Verlags Duncker&Humblot werden in leicht gekürzter Fassung als Anlage abgedruckt. Als Anlage angefügt wird auch ein Auszug aus dem neuen russischen Archivgesetz vom 22. Oktober 2004, auf das in der Diskussion wiederholt Bezug genommen wurde.

Martin Sabrow
Jochen Laufer

Podiumsdiskussion



Bernd Bonwetsch

Vor uns liegt die dreibändige Edition sowjetischer Dokumente zur Deutschlandpolitik 1941–1948. Ziemlich genau 2400 Seiten. Mit großer Spannung haben Historiker, die sich mit Deutschlandfragen in diesem Zeitraum befassen, auf diese Edition gewartet, auch wenn für diejenigen, die des Russischen mächtig sind, nicht mehr alles ganz neu und sensationell ist. So sind ja wichtige sowjetische Dokumente und ganze Editionen zu den Kriegskonferenzen und zu den Beziehungen mit den Kriegsverbündeten schon lange erschienen. Und für die Verhandlungen während des Krieges haben wir auch die Aufzeichnungen westlicher Konferenzteilnehmer oder Gesprächspartner der sowjetischen Unterhändler.

Zur Nachkriegszeit, der die Bände 2 und 3 gelten, gibt es da schon weniger, nicht zuletzt, weil angesichts des Kalten Krieges die Begegnungen zwischen westlichen und sowjetischen Vertretern immer seltener wurden. Ich weise nur darauf hin, daß westliche diplomatische Vertretungen nach der Einschränkung der kleinen Freiheiten der Kriegszeit nicht einmal mehr regionale oder spezielle, sondern nur zentrale Zeitungen und Zeitschriften wie „Pravda", „Izvestija", „Trud" und „Bol'ševik" abonnieren und sich schon gar nicht selbst informieren durften. Eine kurze, persönliche Bemerkung des ehemaligen Außenministers Maksim Litvinov gegenüber einem amerikanischen Gesprächspartner im Jahre 1945 oder 1946 konnte so zu wochenlangem Rätselraten in Washington führen. Litvinov hatte geäußert, daß vor zwei Jahren noch eine Verbesserung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen möglich gewesen wäre. Jetzt aber sei es zu spät. Selbst Ruth Fischer wurde bemüht, um den Sinn dieser auch ziemlich unsensationell zu verstehenden Worte zu deuten.

Sogenannte „Kremlastrologie", später wie ich meine zu Unrecht belächelt, war eine unerläßliche, wenn auch natürlich unzulängliche Erklärungsmetho-

de für die öffentlichkeitsscheue Sowjetpolitik. Neben den offiziellen sowjetischen Veröffentlichungen waren persönliche Berichte von Abtrünnigen oder Ausgestoßenen wie Wolfgang Leonhard, Milovan Djilas und Grigorij Klimow jahrzehntelang die einzigen authentischen oder scheinbar authentischen Quellen für unsere Vorstellungen zur sowjetischen Deutschlandpolitik. Sie gehörte zu dem Arkanum, an das Stalin niemanden unaufgefordert heranließ, wie Chruschtschow, der „Dissident" in der sowjetischen Führungsriege, später ins Tonband diktierte.

Insofern wird man als Historiker meines Alters das, was wir heute alles erfahren können – unter anderem durch die vorgelegte Edition –, zunächst einmal als Wunder bezeichnen. Wer hätte sich das noch vor 15 Jahren, als die DDR ihr 40jähriges Jubiläum feierte, vorgestellt? Aber auf der anderen Seite erschauern wir 15 Jahre nach dem Fall der Mauer und 13 Jahre nach dem Ende der Sowjetunion nicht mehr in Ehrfurcht vor einem sowjetischen Dokument mit dem Stempel „geheim", „streng geheim", oder gar „streng geheim – Sondermappe", sondern wollen wissen, wie es tatsächlich war. Und jemandem wie mir, der nicht zuletzt aus deutschlandpolitischem Interesse 1962 Geschichte und Slawistik zu studieren begann, fallen sofort zahlreiche offene Fragen aus dem Zeitraum 1941 – 1948 ein:

- Teilung Deutschlands: wurde sie seit 1941, etwa seit den Gesprächen Stalins mit dem britischen Außenminister Eden im Dezember 1941, von der Sowjetunion angestrebt, wie von vielen Autoren behauptet (etwa von Gerhard Wettig), oder war die Sowjetunion Befürworter der Einheit und die DDR ungewollt, „Stalins ungeliebtes Kind", wie z. B. Wilfried Loth meint?

Teilung oder Einheit, das ist ja im eigentlichen Sinne das, was mit „deutscher Frage" gemeint ist. Aber unterhalb dieser letzten Frage gibt es viele offene Einzelfragen für die Kriegs- und Nachkriegszeit:

- Sowjetische Separatfriedensinitiativen: gab es sie wirklich (das war bis in die Perestroika-Zeit die einhellige Annahme der westlichen Forschung), oder war alles von deutscher Seite eingefädelt, wie Ingeborg Fleischhauer in ihrer Monographie von 1986 („Die Chance des Sonderfriedens") meint?

- Was sollten das Nationalkomitee Freies Deutschland und der Bund deutscher Offiziere, was sollten Paulus und vor allem der energische von Seydlitz wirklich, bis man ihnen 1945 die „Selbstauflösung" ihrer Vereinigungen verordnete?

- Wollte man die SPD auch in der SBZ wieder zulassen, nachdem man dies im Mai 1946 in Ostberlin bereits getan hatte? Und warum tat man es doch nicht, wenn man es eigentlich wollte?
- Wie ist das Hin und Her im Hinblick auf die Münchener Ministerpräsidentenkonferenz 1947 zu erklären?
- Sollte die Blockade Berlins die westlichen Alliierten aus Berlin vertreiben oder sie auf den Weg einer gemeinsamen Deutschlandpolitik zurückzwingen und z. B. die separate Währungsreform und die Separatstaatsentwicklung im Westen verhindern bzw. rückgängig machen?
- Gab es gegensätzliche Strömungen in der Moskauer Deutschlandpolitik, die vielleicht auch in der Haltung der sowjetischen Repräsentanten in Karlshorst zum Ausdruck kamen – etwa in den Personen S. I. Tjul'panovs und V. V. Semenovs, wie Boris Meissner bereits 1953 vermutete?

Diese Liste ließe sich, wie jeder Interessierte weiß, beliebig verlängern. Die heute aktuelle Frage ist: Gibt die Dokumentenedition auf diese Fragen konkrete Antworten? Darauf wiederum lautet die ernüchternde, mit großem Bedauern auszusprechende Antwort: nein. Dennoch gibt die Dokumentation Antworten und Informationen, die wichtig und neu sind. Und sie bestätigt einmal mehr, daß wir uns mit dem Gedanken vertraut machen müssen, daß es angesichts des obskuren politischen Entscheidungsprozesses in Moskau und seiner sehr spärlichen, lückenhaften Dokumentation keine endgültigen und kaum eindeutige Antworten geben wird.

Die Bearbeiter und Herausgeber der Edition, die selbstverständlich ebenfalls die eigentlichen Antworten suchen und im Rahmen ihrer Möglichkeiten äußerst sorgfältig gearbeitet haben, machen daraus kein Geheimnis. In der Einleitung sind die strukturellen Probleme der Edition beschrieben: Es sind praktisch nur Dokumente aus dem Archiv des Außenministeriums aufgenommen worden. Aber das Außenministerium war keineswegs die einzige Instanz, die für die Deutschlandpolitik zuständig war, und bisweilen, das wird auch deutlich, war das Außenministerium gar nicht beteiligt, ja nicht einmal informiert.

Ferner geht es bei den abgedruckten Dokumenten, vor allem für die Nachkriegszeit, im wesentlichen um Berichte der Außenvertreter der Sowjetunion nach Moskau und um Vorlagen der Moskauer Ministeriumsmitarbeiter an ihre Vorgesetzten bis hin zum Minister und gelegentlich sogar um solche des Ministers für Stalin. Entscheidungen der höheren Ebenen sind jedoch äußerst selten und Entscheidungsprozesse, auch wenn das Außenministerium beteiligt war, gar nicht dokumentiert. Für die Nachkriegszeit gibt es praktisch

auch keine politisch gehaltvollen Anweisungen an die Untergebenen, die die Umsetzung von Entscheidungen beleuchteten.

Schließlich sind viele der Dokumente des Archivs des Außenministeriums für die Forschung noch nicht zugänglich. Nicht einmal die entsprechenden „inneren" Bestandsverzeichnisse des Archivs sind zugänglich. Zumindest der deutsche Herausgeber weiß also nicht einmal, worum es in den nicht zugänglichen Dokumenten geht. Der russische Herausgeber, ein ausgezeichneter Kenner des Archivs, weiß es, darf es aber nicht mitteilen.

Das sind natürlich keine optimalen Bedingungen für eine Dokumentenedition, deren Vorbild die „Papers Relating to the Foreign Relations of the United States" sein müssen. Dennoch muß man die geleistete Arbeit hoch anerkennen: wir erfahren viel über die Arbeitsweise, innere Struktur und personelle Besetzung des Außenministeriums; wir erfahren für viele Einzelaspekte, was in der „deutschen Frage" im Ministerium gedacht und geplant wurde, auch wenn es häufig und ohne, daß wir die Gründe erfahren, nicht realisiert wurde. Auch ex negativo lassen sich interessante, überraschende Linien der sowjetischen Deutschlandpolitik verstehen. Wir erhalten viele Mosaiksteine, die sich in Verbindung mit anderen irgendwann zu einem geschlossenen Bild zusammensetzen lassen werden. Wir haben es mit einer Editionsleistung zu tun, die die Verantwortlichen in Moskau ermutigen sollte, bei der Freigabe von Dokumenten großzügiger zu sein und mehr Selbstvertrauen zu haben. Denn diese Dokumente zeigen, daß im sowjetischen Außenministerium durchaus rationale Politik entworfen wurde, während man im Westen dazu neigte – ich denke insbesondere an Washington –, die sowjetische Politik primär als ideologisch motiviert anzusehen.

Wenn die Edition fortgeführt werden soll, dann sollte im Hinblick auf Deklassifizierung in Moskau wahrlich noch etwas geschehen. Ob alles Zugängliche dann publiziert werden muß, ist eine andere Frage. Es ist nicht zuletzt eine Frage der Machbarkeit. Auch hier sollte man die Verantwortlichen ermutigen. Denn die Zukunft der Erforschung der Vergangenheit läßt auf mehr Licht hoffen.

Wenn man inhaltlich ein vorläufiges Fazit ziehen kann, so dies, daß die Dokumente eine Tendenz für die Bewahrung absoluter Handlungsfreiheit in der eigenen Zone zu Lasten der Mitsprachemöglichkeit in den westlichen Besatzungszonen widerspiegeln. Die Nachteile einer Zusammenarbeit mit den Westmächten in Deutschland werden als größer angesehen als ihr Nutzen. Gesamtdeutsche Regelungen, in die man eigene Vorstellungen hätte einbringen können, sind eigentlich nie ernsthaft verfolgt worden, obwohl es da-

zu aus dem Außenministerium Vorschläge gab. Das war hinsichtlich der deutschen Zentralverwaltungen ebenso wie hinsichtlich der Reparationsregelungen der Fall. Die Aufkündigung der Kontrollratszusammenarbeit am 20. März 1948 und die Blockademaßnahmen in Berlin werden intern nie mit den Maßnahmen der Westmächte zur Währungsreform begründet, und die eigene Währungsreform wird unabhängig von der der Westmächte vorbereitet. Die Blockade fügt sich so logisch in eine Politik ein, die nicht die Zusammenarbeit, sondern die Trennung von den Alliierten und ihre Vertreibung aus Berlin bezweckte – so wie Stalin es den SED-Führern am 26. März im Kreml erläuterte. Mit dieser auf Trennung zielenden Deutschlandpolitik war die Sowjetunion im übrigen derjenigen der Westmächte sehr nahe.



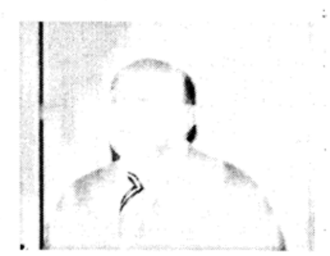
Martin Sabrow

Ich danke Ihnen, Herr Bonwetsch, für die kritische Einleitung unserer Podiumsdiskussion. Auf der einen Seite finden wir hier also eine Podiumsdiskussion, auf der anderen Seite sehe ich ein gesamteuropäisches Historikergespräch, das den Unterschied zwischen Podium und Publikum weitgehend aufhebt, denn es sind ja auch im Saal selbst Editoren früherer Ausgaben zur sowjetischen Deutschlandpolitik und ich glaube, daß wir hier den Begriff der Podiumsdiskussion im weitest möglichen Sinne fassen sollten. Ich würde deshalb bitten, daß die Teilnehmer der Podiumsdiskussion, zu denen ich neben den bisher Genannten nun auch Ludwig Biewer als Leiter des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes vorstellen kann, jeweils in ihren Statements einen Reigen der möglichen Antworten abstecken, damit wir dann in ein gemeinsames Gespräch kommen. Lassen Sie mich kurz noch auf zwei Grundfragen hinweisen, die unser Gespräch bestimmen sollten: Das ist zum einen die Frage nach der inhaltlichen Bedeutung der jetzt vorgelegten dreibändigen, zukünftig vielleicht noch wachsenden Edition. Wo erschließt sie Neuland, was beleuchtet sie schärfer, wo stürzt sie gar bisherige Kenntnisse um? Das sind Fragen, die ich mir nach der Lektüre der Einleitungen gestellt habe und die ich gerne an die Spezialisten richten würde. Eine Antwort haben wir bereits gehört: Nein, sie stellt keine neuen Antworten bereit, sondern bezieht ihre Legitimation aus dem Mosaik, zu dem Stein für Stein zusammengetragen werden muß, damit am Ende sich ein ganzes Bild ergeben kann. Das, finde ich, ist zu diskutieren und da ist zunächst an die Bear-

beiter, d. h. Herr Kynin und Herr Laufer selbst die Frage zu richten, wie sie den Neuigkeitswert der Edition sehen.

Die zweite Frage, die uns mindestens genauso bewegen muß, ist die nach den methodischen Implikationen einer Edition, die in einer supranationalen Zusammenarbeit zustande gekommen ist, und zwar einer Zusammenarbeit, die innerhalb sehr unterschiedlicher wissenschaftlicher Wertesysteme erfolgt ist. Die Frage stellt sich, ob die Edition es vermocht hat, die Standards unseres Faches und seiner wissenschaftlichen Autonomie zu wahren. Hält die Edition einen Vergleich aus, wie Herr Bonwetsch ihn zu den westlichen Editionen gezogen hat, oder aber ist die Edition letztendlich zu einem verlängerten Arm einer nationalen oder auch supranationalen Geschichtspolitik in guter oder auch nicht so guter Absicht geworden? Die neuralgischen Punkte sind benannt. Da ist einmal der Umstand, daß wir es einerseits mit geheimen, noch immer klassifizierten – wie es euphemistisch heißt – Dokumenten und zum anderen mit deklassifizierten Dokumenten zu tun haben, die aber auch nicht vollständig sichtbar waren. Gemeint ist damit der Zugang zu den Findhilfsmittel, der durch einen Kunstgriff gelöst wurde, den Herr Kynin und Herr Laufer sicherlich gleich noch einmal vorstellen werden und den wir bewerten müssen. Schließlich ist zu fragen, wie wir mit einer Edition umgehen, die sich nur auf eine Überlieferung, auf eine Provenienz stützt, nämlich die des Außenministeriums. Ist das eine ausreichende Basis oder ist sie es nicht?

Das ist der Rahmen, in dem sich aus meiner Sicht unsere Diskussion bewegen sollte und ich würde vorschlagen, daß jetzt jeder von uns auf dem Podium dazu Stellung nimmt. Mit der Bitte um Verständnis möchte ich aber zu allererst die Bearbeiter – Herr Kynin und Herr Laufer – Gelegenheit geben, auf diese Fragen zu reagieren.



Georgij Kynin

Die Tatsache, daß wir uns heute hier so zahlreich zur Präsentation der deutschen Ausgabe der drei Bände versammeln, zeugt von dem großen Interesse für die sowjetische Deutschlandpolitik. Dieses Interesse ist nicht zufällig, sondern erklärt sich daraus, daß in der Sowjetunion auch Quellenveröffentlichungen der ideologischen Zensur unterlagen. Die Mehrzahl der Archivdokumente blieb für die Forschung verschlossen. Erst dank der demo-

kratischen Reformen in Rußland wurde es möglich, in den drei Bänden Dokumente zu veröffentlichen, die zuvor größtenteils streng geheim waren. Man kann uns natürlich kritisieren und sagen, daß das unzureichend ist, doch ich glaube, es kommt auf jedes einzelne Dokument an. Da jeder Staat seine Interessen schützt, kann eine Anzahl von Dokumenten noch immer nicht deklassifiziert werden. Das ist die rechtliche Lage. Die Hauptsache ist aber, die erstmals veröffentlichten Dokumente zu studieren, statt darüber zu klagen, daß sie unzureichend sind.

Unsere produktive Zusammenarbeit, ich meine insbesondere die zwischen Herrn Laufer und mir, währt jetzt schon mehr als zehn Jahre und sie trägt reiche Früchte. Es ist uns gelungen, Klarheit zu schaffen in bezug auf die sowjetische Politik in solchen Fragen wie die der Teilung Deutschlands, der Verstaatlichung der Industrie, der Bodenreform, des Friedensvertrags, der Reparationen, der Vereinigung von KPD und SPD. Mehr Klarheit gibt es auch in bezug auf die Politik der Westmächte, die zur Anti-Hitler-Koalition gehörten. Dank der Edition kann die Rolle Stalins, aber auch die Rolle, die Molotov, Vyšinskij, Majskij, Litvinov, Semenov, Smirnov, Tjul'panov und andere sowjetische Diplomaten und Politiker in der sowjetischen Deutschlandpolitik spielten, besser geklärt werden.

Ich denke, daß die russische und die deutsche Seite bei der Vorbereitung dieser Dokumentenedition ihren gewichtigen Teil geleistet haben. Alle Bände haben im Unterschied zu den früheren sowjetischen Ausgaben umfangreiche Einführungen und nicht weniger umfangreiche Kommentarteile. Das wird von den meisten Historikern in Rußland und Deutschland positiv bewertet. Nicht unerwähnt bleiben darf die allseitige Unterstützung unserer Edition von Seiten der Deutsch-Russischen Historikerkommission und von Seiten der Fritz Thyssen Stiftung, die einen wesentlichen Teil der Arbeiten an der deutschen und russischen Ausgabe unserer Edition finanziert haben.

Ich glaube, daß die heute präsentierten Bände geeignet sind, das gegenseitige Verständnis der Beteiligten zu vertiefen und hoffe, sie erweisen sich als ein weiterer, wenn auch kleiner Schritt, um Vertrauen und Zusammenarbeit zwischen Rußland und Deutschland auszuweiten. Unsere Zusammenarbeit fortzusetzen, liegt nahe. Beide Seiten haben dem zugestimmt. Doch noch fehlen konkrete Abstimmungen in Form von Vereinbarungen. Ich bin überzeugt, daß wir die bestehenden Schwierigkeiten überwinden und unsere Zusammenarbeit fortsetzen werden.

Ich danke Ihnen, Herr Kynin und will bloß der Vollständigkeit halber darauf hinweisen, daß – soweit mir bekannt – der Dokumententeil der deutschen und der russischen Ausgabe der Edition identisch ist, wohl aber der Kommentarteil der deutschen Ausgabe stark vermehrt wurde. Insgesamt sind es 498 Dokumente, die in die drei Bände aufgenommen wurden, aber weitere 800 Dokumente – und das zeichnet die Edition aus – sind in den Anmerkungen mit Provenienzangabe erwähnt und mehr oder weniger ausführlich wiedergegeben, so daß wir ein Korpus von insgesamt fast 1 300 Dokumenten haben, über die wir sprechen.

*Nun bitte ich den deutschen Bearbeiter um seinen Kommentar.**



Jochen Laufer**

Herr Kynin, für dessen kompetente Unterstützung ich mich zu allererst bedanken möchte – denn ohne ihn könnten wir uns heute nicht an den vor uns liegenden Bänden erfreuen –, hat völlig recht: Bevor wir über das Fehlen von Dokumenten oder Antworten zu einzelnen Fragen klagen, sollten wir zunächst prüfen, welche Dokumente vorhanden sind und welche Antworten schon möglich sind. Es könnte sich herausstellen, daß einige Fragen auf Fiktionen beruhen, die keine Antworten zulassen. Nicht unbedacht sollte in diesem Zusammenhang bleiben, daß einzelne Fragen in früheren Zeiten von ganz anderen auch benutzt wurden, um deutsche Untaten zu entlasten.

Wir würden das Thema unserer Podiumsdiskussion verlassen, eröffneten wir, statt uns über Forschungs- bzw. Editionsmethoden und -probleme auszutauschen, historische Kontroversen. Die aber ist mit den inhaltlichen Fragen angesprochen, die Herr Bonwetsch aufgeworfen hat. Dennoch möchte ich die Forschungsleistung verteidigen, die in unserer Edition steckt. Die angeblichen sowjetischen Separatfriedensinitiativen waren sehr wohl Gegenstand unserer Recherchen. Dazu haben wir unsere Antwort in der Einleitung

---

* Die hier und im folgenden kursiv gekennzeichnete Moderation stammt von Martin Sabrow.

** Dies ist eine für diese Publikation stark ergänzte Fassung des ursprünglichen Beitrags.

zum ersten Band begründet und sie mit zahlreichen Dokumenten und Anmerkungen belegt, darauf will ich hier aus den oben genannten Gründen nicht eingehen. Das gleiche gilt für die Münchener Konferenz der Ministerpräsidenten im Juni 1947. Auch hier konnten wir weit über die zuvor u. a. von Bernd Bonwetsch veröffentlichten Dokumente hinausgehende Quellen direkt oder indirekt vorstellen, u. a. entscheidende Weisungen der Moskauer Zentrale an die sowjetischen Vertreter in Deutschland.

Welche Antworten wir uns von der Edition erwarten, hat Georgij Pavlovič Kynin bereits angedeutet. Dem möchte ich jetzt nur das eine hinzufügen: Wir wollten Neugier an der sowjetischen Deutschlandpolitik erwecken. Zwar beklagt fast jeder Zeithistoriker den Mangel an sowjetischen Quellen für die Erforschung fast aller Bereiche von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft der DDR, doch scheint es uns, daß man sich daran heute in Ost und West längst ebenso gewöhnt hat wie vor 1989 an die deutsche Teilung. Dies zu ändern und die sowjetischen Quellen stärker in die historische Forschung einzubeziehen, könnte unsere Edition hoffentlich bewirken.

Nun zu den inhaltlichen Fragen, die Martin Sabrow so präzise formuliert hat. Welche Bedeutung der Edition zukommt, wird die weitere Forschung zur sowjetischen Deutschlandpolitik klären müssen. Uns ging es nicht darum, spektakuläre Sensationen zu bieten. Herr Bonwetsch hat völlig zu Recht festgestellt, die meisten der Neuheiten, die die Edition enthält, sind für die Leser, die des Russischen mächtig sind bzw. die englische und deutsche Forschungsliteratur kennen, seit langem, und zwar sukzessive seit der 1991 vollzogenen „Archivrevolution" in Rußland bekannt. Aber auch die seit 1991 bekannt gewordenen Informationen zur sowjetischen Deutschlandpolitik der Kriegs- und unmittelbaren Nachkriegszeit, und dies ließ Herr Bonwetsch unerwähnt, bildeten keine Sensationen. Den Wert unserer Edition wird nur der finden, der nicht nach dem sensationell Neuen, sondern nach dem Zustandekommen von Ereignissen und Entscheidungen sucht.

Nicht im Einzelnen, sondern in ihrer Gesamtheit bieten die drei Bände mindestens eine neue, vielleicht grundstürzende Erkenntnis. Durch die Erarbeitung der Edition ist es unseres Erachtens gelungen, einen Zusammenhang zwischen der Reaktion Stalins auf den deutschen Überfall – den er sofort als existentielle Bedrohung nicht nur für die Existenz der UdSSR, sondern auch für das Leben ihrer Bürger erkannte – und der Vorbereitung der UdSSR auf die Kapitulation und die Besetzung Deutschlands sowie der gegenseitigen Zuerkennung der vollen Oberhoheit der drei bzw. vier Siegermächte in ihren jeweiligen Zonen herzustellen. Durch die Edition wird erkennbar, daß dieser Zusammenhang insofern die Nachkriegsentwicklung bestimmte, als keine

der beteiligten Mächte auf die einmal eingeräumten Rechte in ihren jeweiligen Zonen verzichten wollte und konnte. Nur in Form der Zweistaatlichkeit – wovon der eine deutsche Staat anfänglich der mehr oder weniger vollständigen Kontrolle der Westmächte und der andere deutsche Staat dauerhaft der umfassenden Kontrolle der UdSSR unterworfen blieb – konnte jede einzelne der Siegermächte am weitestgehenden ihre Siegerrechte wahren. Nicht zu Unrecht sprechen noch heute viele Bürger der früheren Sowjetunion von „unserem Deutschland", wenn sie die DDR meinen.

Dieser Gesamtzusammenhang, der durch die Edition so deutlich wie noch nie zuvor aufgezeigt wird, läßt sich noch auf einen einfacheren Nenner bringen. Nachdem Stalin bereits im Herbst 1941 die „Aufgliederung" Deutschlands als die sicherste Lösung der deutschen Frage erkannt hatte, hielt er unentwegt an dieser Lösung fest. Alle anders lautenden Äußerungen, insbesondere die seit 1946 eingeleitete Friedensvertragspropaganda diente diesem Festhalten. Durch diese neue Erkenntnis werden zwei entgegengesetzte Gewißheiten erschüttert. Zum einen betrifft dies die von vielen, u. a. von Wilfried Loth, noch heute geteilte Überzeugung, Stalin habe nach anfänglichen Schwankungen während des Krieges nach dem Sieg kontinuierlich eine auf die Einheit Deutschlands gerichtete Politik verfolgt. Immer wahrscheinlicher wird die gegenteilige Annahme, daß Stalin unter der Flagge der Einheit die Gründung seines eigenen deutschen Staates und damit die Aufgliederung Deutschlands anstrebte, ein Ziel, zu dem sich 1966 Vladimir Semenov in seinem Tagebuch bekannte.[1] Die andere durch die Edition in Frage gestellte Gewißheit betrifft die für die Bundesrepublik konstitutive Überzeugung, Stalin habe aggressiv grenzenlose, expansive Ziele verfolgt. Dieser Annahme stellen wir die Erkenntnis entgegen, daß die von Stalin angestrebte Machtentfaltung immer die Macht seiner Gegner respektierte. Stalin war aggressiv bezogen auf die UdSSR und die von ihr kontrollierten Staaten, aber defensiv nach außen. Für ihn schien diese auf das eigene Herrschaftsgebiet gerichtete Gewalt notwendig, um eine Wiederherstellung der kapitalistischen Ordnung in den durch die Rote Armee von der deutschen Herrschaft befreiten Territorien und damit die erneute feindliche Einkreisung der UdSSR zu verhindern.

Berücksichtigen wir diese Ergebnisse der Edition, so lautet die Frage nicht: Welche neuen Antworten bietet sie uns auf unsere Fragen? Sondern:

---

[1] Von Chruščev bis Gorbačev. Aus dem Tagebuch des außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafters und stellvertretenden Ministers für auswärtige Angelegenheiten V. S. Semenov. Eingeleitet von E. V. Semeonova und B. L. Chavkin, in: Novaja i novejšaja istoria, 2004, 3, S. 96 – 136, hier S. 122.

Welche Gewißheiten sind wir bereit, in Frage zu stellen, um neue Erkenntnisse zu gewinnen?

Nun zu den methodischen Implikationen unseres Editionsunternehmens. Hier scheint mir besonders wichtig, daran zu erinnern, daß die Edition mit vielen guten Gründen als Fondsedition konzipiert wurde – auch und vor allem, weil sich dieser Ansatz nicht nur in Deutschland außerordentlich bewährt hat – und als Pilotprojekt gestartet wurde, um die Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit einem besonders wichtigen Archiv der Russischen Föderation zu testen. Nicht, weil wir völlig ahnungslos waren, sondern um überhaupt mit den Vorbereitungen der Edition zu beginnen, sind wir 1993 bewußt editorische Risiken eingegangen. Auf Grundlage einer für die Kriegszeit minutiösen und für die Nachkriegszeit viel gröberen Dokumentenübersicht (obzor), die Georgij Kynin am Beginn der sechziger Jahre abgeschlossen hatte, schienen uns 1993 die wichtigsten Schwierigkeiten lösbar, denn sie bot uns einen Ersatz für die damals wie heute im Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation völlig unzugänglichen Findhilfsmittel. Schnell einigten wir uns auf das Grundprinzip, nicht nur alle durch Kynin herangezogenen Akten noch einmal durchzusehen, um dessen Auswahl zu prüfen, sondern sie auch systematisch zu ergänzen, um das gesamte Spektrum der sowjetischen Deutschlandpolitik zu erfassen.

Erst im Zuge der Arbeiten an der Edition stießen wir auf das Problem, daß der im Obzor Kynins für die Kriegszeit ausgiebig ausgewertete Telegrammwechsel weiterhin strengster Geheimhaltung unterlag. Für dieses Problem, das bei der russischen Ausgabe unlösbar blieb, konnte für die deutsche Ausgabe eine Teillösung gefunden werden! Ebenfalls erst im Zuge der Arbeiten an der Edition stellte sich heraus, daß der Kynin-Obzor nicht ausreichte, um die Findhilfsmittel zu ersetzen und den tatsächlichen Umfang der Deklassifizierung nachvollziehen zu können. In dieser Situation einigten wir uns auf das, was Sabrow einen „Kunstgriff" nannte, nämlich auf einen durch Kynin angefertigten Auszug aus den Findhilfsmitteln, der ohne Angabe des Aktentitels alle klassifizierten und deklassifizierten Akteneinheiten aufführte, die Deutschland und den Editionszeitraum betrafen.

Damit lassen sich die zwei zentralen Erfahrungen unseres 1993 begonnen Pilotprojekts sehr klar benennen. Dies betrifft zum einen die Bereitstellung eines Auszugs aus den Findhilfsmitteln, der unverzichtbar ist, solange diese für einen der beiden Editionspartner unzugänglich bleiben. Nur so erhalten beide Bearbeiter die Möglichkeit, eine vollständige und freie Auswahl der Dokumente zu treffen, die in den neuen Band aufgenommen werden. Zum anderen muß durch eine solche Vereinbarung auf der Grundlage der gelten-

den Gesetze der Russischen Föderation eine klare Regelung des Deklassifikationsverfahrens erfolgen, wie die Überprüfung bzw. Aufhebung der Geheimhaltung von Dokumenten beantragt werden kann, die bei ihrer Entstehung vor mehr als 50 Jahren klassifiziert wurden. Wir würden uns wünschen, diese beiden Erfahrungen bei der jetzt prinzipiell beschlossenen Fortsetzung der Edition sofort berücksichtigt zu sehen. Hier hoffen wir auf eine praktikable Empfehlung des noch ausstehenden Expertengesprächs.

*

Trotz der sehr profunden Einleitung der beiden Bearbeiter bleibt durchaus noch viel offen, zu dem inhaltlich Stellung genommen werden kann, aber das werden wir der weiteren Diskussion bzw. Ihrer Lektüre überlassen. Jetzt gehen wir weiter mit Herrn Biewer zur Bedeutung der Edition aus der Sicht des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts.



Ludwig Biewer

Vielen Dank, Herr Sabrow. Sie haben uns hier auf dem Podium inhaltlich zwei Bälle zugespielt. Den einen, der auf die inhaltliche Bedeutung der Edition zielt, möchte ich nicht aufgreifen bzw. nicht anspielen, weil das nicht meine Aufgabe ist. Aber ich will den weiterspielen, der auf das gezielt war, was Sie die „methodischen Implikationen" genannt haben.

Am Anfang der historisch-kritischen Methode der Geschichtswissenschaft stand die Edition mittelalterlicher Texte, das große Unternehmen der „Monumenta Germaniae Historica". Am Anfang der Institution, die ich zu vertreten habe, das Politische Archiv des Auswärtigen Amts, stand (1919) ebenfalls eine Edition, die von Akten zur deutschen Außenpolitik vor 1914 (die „Große Politik der europäischen Kabinette 1871 – 1914"). Auch die Arbeit des Archivs in der Nachkriegszeit, nachdem in den 1950er Jahren die Akten des Auswärtigen Amts aus der Zeit von den 1860er Jahren bis etwa 1945 aus westalliiertem Gewahrsam nach Deutschland zurückgekehrt waren, wurde wesentlich durch die große Edition der „Akten zur deutschen Auswärtigen Politik 1918 bis 1945" (ADAP) mitbestimmt. Diese Editionen waren, wenn Sie so wollen, staatliche Unternehmen. Die ADAP war zunächst von den

westlichen Hauptsiegermächten des Zweiten Weltkriegs gemacht worden, dann, bis zum Abschluß der Arbeiten 1995, von diesen zusammen mit der dann federführenden jungen Bundesrepublik Deutschland, d. h. dem Auswärtigem Amt bzw. dessen Politischem Archiv.

Man kann Editionen auf vielerlei Art und Weise machen, etwa durch die Behörde selbst oder von Dritten, also von mehr oder weniger unabhängigen wissenschaftlichen Einrichtungen. Dabei muß man, so meine ich, mit solchen Editionen für den Zeitraum, den man behandelt, eine größtmögliche Breite anstreben. Man darf nicht nur Schlüsseldokumente abdrucken, sondern muß so dicht wie möglich dokumentieren, wie das hier bei der heute vorgestellten Edition geschehen ist. Daß man sehr viel mehr Dokumente zur Kommentierung heranzieht als in vollem Wortlaut abgedruckt werden, ist eigentlich selbstverständlich. Dann allerdings ist es geboten, auf diese zu verweisen, um so auch eine Überprüfbarkeit möglich zu machen. Diese ist ein wesentlicher Teil wissenschaftlicher Seriosität. Der Archivar hat dabei die Verpflichtung, den Editoren das an Aktenmengen, soviel er immer nur verantworten kann, zugänglich zu machen und dafür zu sorgen, daß klassifizierte Dokumente herabgestuft, offengelegt werden. Wenn es da eine Grenze gibt, dann die, wo Sicherheitsfragen des eigenen Staates, dem der Beamte verpflichtet ist, und seiner Verbündeten berührt werden. Das ist eine sehr elastische Grenze und man kann sie in die eine oder in die andere Richtung dehnen, zugunsten oder zuungunsten von Offenheit. Eine möglichst breite Offenlegung, ein möglichst umfassender Zugang zu allen jeweils relevanten Aktenbeständen muß angestrebt werden. Das, so ist mein berufliches Selbstverständnis, ist auf diesem Sektor, der Zuarbeit zu einer Edition, die vordringlichste und vornehmste Aufgabe des Archivars. Das ist seine Pflicht, eine Verpflichtung, die ich mir fast täglich vor Augen führe und versuche, ihr gerecht zu werden. Jede Einflußnahme auf eine Edition, die von dritter Seite vorgenommen wird, ja sogar den Anschein einer inhaltlichen Einflußnahme auf solche Unternehmungen zu vermeiden, halte ich im Lichte der im Politischen Archiv gemachten Erfahrungen für einen der wichtigsten Schritte, den mein Vor-Vorgänger in den frühen 1990er Jahren gewagt hat. Die Herausgabe staatlichen Schriftguts Dritten zu übertragen, einer wissenschaftlichen Institution, die sich auf dem Markt in Konkurrenz mit anderen bewährt hat, in dem Fall der „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland“ dem Institut für Zeitgeschichte in München, ist und war eine gute, eine richtige Entscheidung! Lassen wir diese Kolleginnen und Kollegen arbeiten, bewerten, aussuchen, zu Druck bringen, was immer sie veröffentlichen wollen und verantworten können, und die staatlichen Institutionen, in dem Fall das Auswärtige Amt, mögen sich aus inhaltlichen Fragen

völlig heraushalten sogar, wie gesagt, nicht einmal den Anschein erwecken, Einfluß nehmen zu wollen. Das, meine ich, ist ein gangbarer Weg. Er hat sich, wenigstens soweit ich für das eigene Haus sprechen kann, in höchstem Maße bewährt. Es hat sich gezeigt, es wird sich zeigen, daß allen anderen Bestrebungen zum Trotze wir gegen die Wahrheit, was immer Wahrheit sein mag, nichts auszurichten vermögen. Irgendwie und irgendwann kommt sie doch an den Tag. Und ein kleiner Beitrag zu diesem hehren Ziel ist es, saubere Editionen vorzulegen bzw. zu ermöglichen, und dazu einen möglichst breiten und umfassenden Fonds an Quellen zugänglich zu machen, natürlich bei Wahrung der gesetzlichen Sperrfristen und der Sicherheitsinteressen des eigenen Staates. Es ist auch dafür Sorge zu tragen, daß die Editionen immer anhand der Originale überprüft werden können. So entsteht Öffentlichkeit, und so wachsen Dialog und Verständnis. Das möglichst weitreichende Offenlegen und Zugänglichmachen von staatlichem Schriftgut unter Wahrung berechtigter und gesetzlich vorgeschriebener Sperrfristen ist ein wichtiger Beitrag zu Rechtstaatlichkeit und Demokratie.

*

Ich danke Ihnen, Herr Biewer, für dieses engagierte Plädoyer, in dem Sie das Selbstverständnis des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts anklingen ließen und das Herz unserer Edition berührten. Und ich möchte eine Frage gleich an Herrn Čurilin weitergeben. Herrn Biewer sagte, daß jeder Anschein einer politischen Einflußnahme am besten dadurch zu vermeiden ist, daß man Aufgaben, wie die Erstellung einer solchen Edition, an Dritte außerhalb des staatlichen Verantwortungsbereichs überträgt. Herr Čurilin, deckt sich diese Aussage mit ihrem Selbstverständnis und mit den Zielen, die Sie mit Editionen anstreben?



Aleksandr Čurilin

Eigentlich wollte ich auf diese Frage erst später eingehen, wenn der Standpunkt der hier vertretenen Kollegen, darunter den Vertretern der deutschen Wissenschaft, klarer geworden ist. Aber natürlich werde ich auf die Vorschläge meiner verehrten Kollegen antworten. Sie berühren, soweit ich verstehe, die Frage des wissenschaftlichen Standards der Edition.

Wie viele Editionen kennen Sie, die Ereignisse beinhalten, die mit dem Schicksal der größten europäischen Macht verbunden sind, die in eine tödliche Krisis gestürzt worden war? Wie viele westliche Editionen kennen Sie, die sich mit diesem Thema befassen, die ehrlich und im vollen Maße die Politik der entsprechenden Siegermacht aufdecken? Kennt irgend jemand von ihnen derartige Editionen, die sich mit der Lösung der für das besiegte Deutschland kolossalen Probleme der Entnazifizierung, der Demilitarisierung und der Dekartellisierung befassen? Ich denke, man sollte auf den Standard eben dieser Editionen schauen. Und mit ihnen die vorliegende Edition vergleichen.

Der Zugang zu den Quellen in den russischen Archiven ist ein anderes Thema und eine wichtige Frage. Ich möchte die verehrten Kollegen, insbesondere die, die darauf verwiesen haben, die veröffentlichten Dokumente wären vor 20 Jahren von großem Interesse gewesen, reichten aber heute nicht mehr aus, daran erinnern, daß wir unsere Archive streng genommen erst vor 12 Jahren öffneten. Ich würde sagen, daß die Öffnung von Archiven, die Nutzung dokumentarischer Kostbarkeiten, die den Zweiten Weltkrieg betreffen, durch die Historiker eine überaus delikate Angelegenheit ist.

Solche Angelegenheiten lassen sich nicht ohne Entwicklung einer juristischen Basis behandeln. Diese bestimmen jedoch nicht die Archivare, sondern die Gesetzgeber eines jeden Landes. Das erfordert ebenfalls Zeit und – nebenbei bemerkt – einen Vergleich mit den internationalen Standards.

Wer sagt, bei uns in Rußland herrsche ein restriktiverer Zugang zu den Dokumenten, der möge sich an die Engländer wenden, daß die ihm die Dokumente zugänglich machen, die den Zweiten Weltkrieg betreffen und zum Beispiel Material zum Fall Hess. Ich habe nicht die Absicht, die Engländer irgendwie zu kritisieren. Sie befinden sich völlig im Recht, die Nutzung ihrer Dokumente nur nach der bei Ihnen geltenden Rechtslage zu gestatten.

Wenn es die Gesetzgebung gestattet, steht es ihnen natürlich frei, so zu handeln. Archive verwahren staatliche Geheimnisse. Archive verwahren eine gewaltige Masse an Informationen, die personenbezogene Angaben enthalten. All das muß berücksichtigt werden. Zur Illustration kann ich Ihnen folgendes mitteilen: In kürzester Zeit haben wir 100 000 Akteneinheiten aus dem geheimen Archiv des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten deklassifiziert.

Bei allem Respekt für die Deutschland-Problematik gibt es doch auch noch andere Probleme und historische Themen, die unsere verehrten inländischen und nicht nur die ausländischen Forscher studieren wollen. Wir sind

mit der Öffnung weit vorangeschritten, verglichen mit dem Stand der 80er und 90er Jahre. Das ist keine einfache Angelegenheit.

*

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie bemerken das dünne Eis, auf dem man operiert, wenn man eine Zeitgeschichte edieren will, die – um mit Barbara Tuchman zu sprechen – noch qualmt. Wir sollten vielleicht durch einen Blick in ein anderes westliches Land vermeiden, in eine Position zu kommen, „die Wahrheit, die ohnehin an Licht kommt und sei sie auch noch so fein gesponnen", zu hoch zu bewerten ...

Ich habe Anfang September an einer Tagung in den USA zu den Presidential Libraries teilgenommen und da wurde ein Faktor eingeführt, der in unserer Diskussion noch keine so erhebliche Rolle gespielt hat, nämlich das öffentliche Meinungsklima, das öffentliche Bewußtsein, das in den USA zum Tragen kam, als Präsident Ford dem „former President" Nixon die Akten mit der Bemerkung zurückgab, er möge damit machen, was er wolle, denn bis zu diesem Zeitpunkt wurden die Unterlagen des Präsidenten als Privateigentum betrachtet. Dieser Vorgang stieß auf Widerspruch in der Öffentlichkeit und daraufhin gab es einen „Presidential Act" und der regelt nun, daß alle Akten, die der amerikanische Präsident im Dienst erstellt, Eigentum des amerikanischen Volkes sind und es Aufgabe des jeweiligen Präsidenten ist, im Anschluß an seine Präsidentschaft mit seinen eigenen Mitteln eine „Library" zu bauen, ein Archiv zur Aufbewahrung der Präsidentschaftsakten. Auch dort gibt es ein „classification system", natürlich, das sollte man nicht verschweigen, aber es ist ein völlig anderer Ansatz. Wir in der Bundesrepublik bewegen uns in der Mitte zwischen dem russischen Ansatz und den amerikanischen Verhältnissen. Wir haben zum Beispiel private Stiftungen, die öffentliche Akten, von Ebert bis Brand sammeln mit öffentlichen Geldern, aber nicht einen völlig freien Zugang bieten, sondern ihn in gewisser Weise abstufen können, je nach Lage im Archiv und Ausrichtung dieser Stiftung. Insofern sind auch wir in einer Gemengelage zwischen Wissenschaft und Politik und auf einer Skala anzusiedeln, die zur Wahrheit führt, sie aber nicht erreichen kann.

Ich möchte das Podium abschließen, indem ich die Frage von Herrn Bonwetsch nach dem Neuen noch einmal an Herrn Kleßmann richte, um zu sehen, ob er zu einem ähnlich negativen Urteil kommt und dann natürlich Herrn Bonwetsch noch einmal fragen, ob er sein Urteil zu revidieren geneigt ist.



Christoph Kleßmann

Ich gehöre hier nicht zu den Experten im engeren Sinne, was die sowjetisch-russische Politik anbelangt, aber ich habe mich im Zusammenhang mit der deutschen Nachkriegsgeschichte auch intensiv mit dieser Politik beschäftigen müssen. Deshalb will ich vorweg Herrn Laufer und Herrn Kynin ein Kompliment machen, auch für ihre Hartnäckigkeit, denn ohne Hartnäckigkeit wäre das Ganze nicht so weit gediehen. Ich finde, man sollte sich trotz aller berechtigten kritischen Einwänden, die gemacht wurden und die ich völlig unterschreiben würde, klarmachen: Vor 20 Jahren wäre ein solches Unternehmen vollkommen unvorstellbar gewesen. Man muß die Edition auch ein bißchen an dem Ausgangspunkt messen, um den erheblichen Fortschritt zu erkennen, den wir damit erreicht haben. Hätten wir eine gleichberechtigte Mitsprache gleich an die große Glocke gehängt, dann hätten wir das Unternehmen sein lassen können. Die Alternative alles oder nichts war kein praktikabler Weg. Wir haben uns daher für einen allmählichen Fortschritt entschieden und ich glaube, das kann man auch vertreten. Und ich würde damit auch gerne noch einmal den Appell an Herrn Čurilin verbinden, aufgrund dieses Erfolgs zukünftig etwas besser unsere Position als Wissenschaftler zu verstehen, mehr Vertrauen zu haben, und das dann konkret auch in der Vorbereitung des unbedingt notwendigen vierten Bandes seinen Niederschlag finden zu lassen. Denn die Edition geht jetzt bis zum Sommer 1948 und die folgende Berlin-Krise ist natürlich ein Schlüsselereignis für die ganze weitere Entwicklung, nicht nur Deutschlands, sondern auch des gesamten Kalten Krieges. Und die Fortsetzung bis 1949 ist ja ursprünglich auch so geplant worden. Wir haben uns darüber auch schon ausführlich unterhalten. Im Prinzip gibt es den festen Willen, daß die Edition weitergeht, möglicherweise auch mit der Perspektive 1953 oder 1955. Aber zunächst ist der vierte Band ein Prüfstein.

Das war jetzt eine lange Vorrede. Auch ich habe früher zu den Kreml-Astrologen gehört, die Herr Bonwetsch vorhin verteidigt hat. Berühmt ist etwa die exzessive Interpretation der Aufzeichnung von Milovan Djilas (spä-

ter im Gefängnis unter Tito geschrieben), der vom April 1945 über eine Äußerung Stalins berichtet, alle Armeen zwingen eroberten Gebieten jeweils ihr System auf. Das könne doch gar nicht anders sein. Daraus haben wir dann weitreichende Sowjetisierungstheorien abgeleitet, die gar nicht immer völlig falsch waren. Vor diesem Hintergrund ist das jetzt hier, was mit diesen Bänden vorgelegt wurde, ein wirklich wichtiger Fortschritt. Weil es einfach in bestimmten Punkten, ohne daß ich die jetzt alle benennen kann, ein festes Fundament bietet und das halte ich für einen großen Gewinn. Also bestimmte kühne Thesen müssen wir jetzt nicht mehr basteln, sondern wir haben eine etwas solidere Basis.

Bernd Bonwetsch

Ich habe eigentlich versucht, das Halbvolle und das gleichzeitig Halbleere des Glases deutlich zu machen. Aber es liegt in unserer Natur, selektiv wahrzunehmen und dann einige Dinge herauszuhören bzw. andere zu überhören. Vermutlich sind unter uns nur wenige, die, wie ich, wirklich bewerten und schätzen können, was die Bearbeiter und Herausgeber überhaupt geleistet haben. Ich habe es deutlich zu machen versucht.

Nun zu den Argumenten: Erstens hat hier der Kollege Čurilin wohl etwas zur „Ethik" von Dokumenteneditionen aufgrund der Übersetzung nicht richtig verstanden. Es geht um die von Herrn Biewer angesprochene Frage der Beauftragung Dritter mit der Herausgabe von Dokumenteneditionen, damit auch nicht der Verdacht von Beeinflussung durch Regierung und Behörden entstehen kann. Dieser Vorwurf, wenn ich das gewissermaßen stellvertretend aufnehmen darf, dieser Vorwurf ist der Edition nicht zu machen. Von politischer Beeinflussung kann bei dieser Dokumentenedition nicht die Rede sein.

Was die russische Freigabepraxis betrifft, so liegt es in der Natur von uns Historikern, daß Zugeständnisse bei der Freigabe von Dokumenten nicht den Wissensdurst stillen, sondern anregen. Anfangs, vor 15 Jahren, als das alles wie ein Wunder erschien, sind wir natürlich wirklich erschauert, wenn wir ein Dokument in die Hand bekamen, auf dem „streng geheim" stand. Wenn man sich aber ein bißchen damit beschäftigt, dann bemerkt man, daß sogar die Uhrzeit geheim gehalten wurde und daß es in diesem Außenministerium nichts gab, was nicht in den Archiven als „geheim" klassifiziert worden wäre. Das betrifft auch diese 100 000 Akteneinheiten, von denen Kollege Čurilin gesagt hat, daß sie freigegeben worden seien. Das sind zum Teil Dokumente, deren Geheimhaltungsbedürfnis man bezweifeln dürfte und die nichts Sensationelles enthüllen. Es wurde einfach alles als geheim eingestuft. Man

braucht nur auf die Kuriosität hinzuweisen, daß das Smolensker Archiv, von dem Generationen insbesondere amerikanischer Historiker gelebt haben, nachdem es fast wie eine Zitrone ausgequetscht worden war, vor einiger Zeit an Rußland übergeben wurde. Und was ist dann passiert? Es ist für „geheim" erklärt worden. Und das, obwohl mehrere amerikanische Monographien auf Dokumenten dieses Smolensker Archivs beruhen, das ja von den Deutschen erbeutet und teils vernichtet, teils verschleppt wurde, bevor es dann erneut als Beute amerikanischen Truppen in die Hände fiel und nach Amerika geschafft wurde.

Abgesehen von völlig übertriebener Geheimhaltung gibt es aber auch sonst für den Historiker keine natürliche Sättigungsgrenze, was den Dokumenten-"Hunger" betrifft. Wir hoffen daher auf Mut, mehr Mut bei der Freigabe und der Zugänglichmachung von Dokumenten. Es kommt ja im Hinblick auf die sowjetische Deutschandpolitik gar nichts Kompromittierendes ans Tageslicht, sondern es wird eine Politik deutlich, die durchaus ihre rationalen Argumente hatte und zu der man sich bekennen kann. Da sollte man ruhig offensiver herangehen, auch falls sich dabei herausstellt, daß man in Moskau doch lieber die Teilung ins Visier nahm als ein Gesamtdeutschland, auf das man zwar keinen absoluten, aber immerhin Einfluß gehabt hätte. Es waren Alternativen einer Deutschlandpolitik, die beide ihre Legitimation hatten und wenn nun die eine gewählt wurde – gut, warum nicht? Die Westmächte waren hochzufrieden, daß die Deutschen nicht auf Einigungsangebote eingegangen sind. Sie haben sich davor gefürchtet. Warum soll es also jetzt so fürchterlich sein, wenn sich herausstellt, daß es auf sowjetischer Seite ebenso war? Das muß ans Tageslicht und wir wollen es wissen. Irgendwann kommt die historische Wahrheit doch ans Licht. Das ist mit dem Hitler-Stalin-Pakt nach jahrzehntelanger Leugnung ebenfalls geschehen, auch wenn Andrej Gromyko noch in der deutschen Ausgabe seiner Erinnerungen bekräftigt hat, daß es keine geheimen Zusatzverträge gegeben habe. Es hat sie doch gegeben, und die Originaldokumente sind inzwischen veröffentlicht worden. Insofern denke ich, daß man auf russischer Seite mehr Mut haben sollte.

Nun sollen wir Deutschen uns nicht zu sehr aufspielen. Wir pflegen Kriege anzufangen, dann zu verlieren und dann zu protzen, daß alle Dokumente zugänglich gemacht werden. Dabei machen wir aus der Not der Niederlage die Tugend des liberalen Archivzugangs. Das ist bei den Siegermächten einfach strukturell anders und hier auch schon erwähnt worden. Die britischen Heß-Dokumente, auf die Herr Čurilin hingewiesen hat, sind tatsächlich erst vor ein paar Jahren zugänglich gemacht worden. Wir wissen jetzt, warum sie so

lange geheim gehalten wurden. Es war den Engländern peinlich, daß sie mit der Heß-Affäre, dem Flug des Führer-Stellvertreters nach England und seiner mysteriösen Inhaftierung, die Sowjetunion unter Druck setzen wollten. Sie sollte befürchten, daß Großbritannien mit Deutschland doch noch irgendwie ins Geschäft kommt. De facto hat man diesen Versuch zwar nicht unternommen, aber als Druckmittel, als taktisches Druckmittel hat man die Geschichte benutzt, und sie ist lange geheim gehalten worden. Ein deutscher Kollege hat das vor einigen Jahren in den „Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte" veröffentlicht – zu deren Ärger übrigens vorab auch in der „ZEIT."

Nichtsdestoweniger gibt es im Archivzugang Unterschiede, die Historiker auch deutlich machen müssen. Auch in Großbritannien sind z. B. die Kriegsministeriumsakten grundsätzlich länger geheim als die üblichen 30 Jahre, wenn sie nicht freigegeben werden. Aber von dieser Freigabemöglichkeit wird Gebrauch gemacht. Und was die Vereinigten Staaten betrifft, so bin ich selbst in den Genuß des „Freedom of Information Act" gekommen. D. h. in einem noch als geheim klassifizierten Dokument wurden aufgrund meines Antrags auf Einsichtnahme nur die Namen von Informanten getilgt, d. h. geschwärzt, und dann habe ich dieses Dokument ausgehändigt bekommen. Das war vor fast 30 Jahren, und es ging um amerikanische Spionagetätigkeit in der Sowjetunion nach dem 2. Weltkrieg. Nun wissen wir, daß man auch nach dem genannten Gesetz nicht alle geheimen Dokumente ausgehändigt bekam, aber man hatte als Forscher, auch als Ausländer, einen Rechtsanspruch auf Einzelfallprüfung. So etwas wünsche ich mir auch in Rußland. Und da ich an Rußland glaube und meine Tätigkeit in Moskau mit diesem Optimismus zu tun hat, habe ich auch die Hoffnung, daß wir irgendwann zu einer zivilen Regelung des Archivzugangs kommen werden. Auch die russische politische und wissenschaftliche Öffentlichkeit ist letztlich daran interessiert zu erfahren, wie etwas „wirklich gewesen" ist.

Nun zur Frage des Neuigkeitswerts der veröffentlichten Dokumente: Natürlich, jedes neu publizierte Dokument ist bislang unbekannt und damit neu. Diesen Neuigkeitswert haben die meisten der publizierten Dokumente. Meine Frage aber war: geben diese Dokumente neue Antworten in bezug auf die „deutsche Frage", also etwa: Wollte die Sowjetunion die Teilung oder nicht? Und diese Antwort ist in den veröffentlichten Dokumenten nicht zu finden. Und sie kann m. E. auch nicht in einem oder einigen Dokumenten gefunden werden. Das ist ja das Problem. Ich habe darauf hingewiesen, daß wir uns von der Illusion trennen müssen, daß es diese eine Antwort gibt. Es gab verschiedene mit Deutschland befaßte Instanzen, es gab Entscheidungsprozesse, die wir nicht durchschauen. Und das Außenministerium war keineswegs im-

mer beteiligt. Schon von daher kann eine Dokumentation, die nur auf den Akten des Außenministeriums beruht, gar nicht die Antwort geben. Auch wenn die Dokumente, wie ich zum Schluß gesagt habe, eine Präferenz dafür zu bestätigen scheinen, das zu sichern, was man hatte, und sich nicht der Unsicherheit der Zusammenarbeit mit den westlichen Alliierten auszuliefern. Aber das war nicht die einzig denkbare Option der sowjetischen Politik. Es gab die Einheitsoption, die z. B. im Zusammenhang mit dem „Berija-Plan“ von 1953 eine große Rolle spielte. Denn selbstverständlich war auch der Einfluß auf ganz Deutschland außerordentlich attraktiv. Das sollte man nicht verkennen. Und Stalin waren solche Gedanken nicht fremd. Ich denke da an seine Schrift zu Wirtschaftsfragen, die er 1952 veröffentlicht hat und in der er noch einmal betonte, Deutschland werde sich auf Dauer nicht unterdrükken lassen und seine eigene Interessen wahrnehmen. Im Zusammenhang mit den Deutschlandnoten 1952 hatte das durchaus seine innere Logik. Ob die Einheitsoption nun von sowjetischer Seite „auf Teufel komm raus“ verfolgt wurde, wie manche Historiker zu meinen scheinen, das ist eine ganz andere Frage. Aber diese Alternative zur Teilungspolitik hat ihre Logik und Legitimität gehabt. Insofern kann man nicht vom Ergebnis her schließen, daß die Linie der Teilung von Anfang an verfolgt und durchgehalten worden sei.

Die Zugänglichkeit aller relevanten Dokumente bleibt eben das Problem. Ich glaube hier auch im Sinne der Bearbeiter zu argumentieren, wenn ich sage: Es muß noch einiges geschehen. Wir können uns nicht mit dem gegenwärtigen Stand zufrieden geben, so sehr ich ihn anerkenne. Das muß man auch dem Kollegen Čurilin sagen. Er ist zwar, wie er sagt, an die russischen Gesetze gebunden – völlig klar. Aber die Gesetzgebung kann einerseits beeinflußt werden, und darüber hinaus lassen bestehende Gesetze in der Praxis ihrer Handhabung auch Spielraum. Z. B. werden Dokumente nicht en bloc freigegeben. Das macht eine Kommission, und die kann diese oder jene Dokumente freigeben. Und wenn man unter vielen möglichen zunächst die uns besonders interessierenden Dokumente freigibt, dann ist, ohne daß irgendein Gesetz gebrochen oder neu geschaffen werden muß, bereits viel getan. Und darum bitten wir in unser aller Interesse die russische Archivverwaltung.

Aleksandr Čurilin

Ich bin Ihnen sehr dankbar, daß mir die Gelegenheit gegeben wird, noch einen Beitrag zu kommentieren. Darin sehe ich ein Zeichen von Gastfreundschaft. Bei mir ist der Eindruck entstanden, daß eine der Hauptaufgaben meines verehrten Kollegen Bonwetsch, den ich als Partner in der Deutsch-Russi-

schen Historikerkommission gut kenne und sehr verehre, darin besteht, Perspektiven zu erörtern und Vorschläge zur Vervollkommnung des Archivwesens in der Russischen Föderation zu äußern.

Nun, Herr Bonwetsch, kommen Sie nach Moskau und lesen Sie das neue Archivgesetz. In voller Länge und sofort. Dieses Gesetz [vgl. Anlage 2] enthält sehr viel Interessantes für all die, die sich für unsere Archive und die Aussichten für deren Nutzung, darunter auch für Forschungszwecke, interessieren.

Im Prinzip – und ich denke, Sie stimmen mir zu – ist das Interesse an unseren Archiven und an dem Archiv des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten auch in den Kreisen der russischen Forscher groß. Aber sie verstehen unsere Auffassung. Sie verstehen, was wir tun, um die Situation zu verbessern. Aber hier höre ich manche, die – nun, sagen wir es so: – unsere Probleme nicht im vollen Umfang verstehen. Bei uns ist die Gesetzgebung eine andere und ist auch die Geschichte eine andere. Ich denke, daß die Probleme gelöst werden. Aber wir sollten diesen Problemen keine emotionale Wertung und Einfärbung beigeben.

Ich werde, wenn ich nach Moskau zurückkehre, den starken Eindruck mitnehmen, der dem einfach wunderbaren georgischen Schriftsteller Nodar Dumbadze zugeschrieben wird. Dieser war aus irgendeinem Grund (wahrscheinlich mit einem Schuß Ironie) davon überzeugt, daß die besten Kenner der georgischen Sprache in Armenien leben. Und ich verlasse Sie mit dem Eindruck, daß die größten Spezialisten für die Ausarbeitung einer Konzeption zur Vervollkommnung des Archivwesens in der Russischen Föderation in Deutschland leben (Lachen).

Anlage 1

Auszüge aus den Grußworten zur Präsentation der deutschen Ausgabe der Edition „Die UdSSR und die deutsche Frage"

Christoph Kleßmann

(1996 – 2004 Direktor des Zentrums für Zeithistorische Forschung)

[...]

Das Projekt, dessen Ergebnisse heute öffentlich vorgestellt werden, hat eine lange Geschichte. Es hat viele Phasen von Auf und Ab erlebt. Ich habe mich bemüht, meinen bescheidenen Beitrag dazu zu leisten, daß es vorangekommen ist und ich kann mittlerweile auch hervorheben, daß wir ein Etappenziel erreicht haben.

Zur Sache selbst will ich mich jetzt nicht weiter äußern, das werden gleich noch verschiedene Anwesende tun. Ich möchte mich darauf beschränken, all denen zu danken, die zu diesem Erfolg unseres Unternehmens ganz wesentlich beigetragen haben. Und auch daran läßt sich schon ein Stück der veränderten deutsch-russischen Beziehungen ablesen. Das Projekt einer Edition russischer Akten zur deutschen Frage wurde seit 1993 durch die Fritz-Thyssen-Stiftung gefördert, seit 1996 auch durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft und dann auf Initiative des damaligen Präsidenten des Bundesarchivs, Friedrich Kahlenberg, seit 1999 durch die Deutsch-Russische Historikerkommission. Ein besonderer Dank gebührt also der Thyssen-Stiftung, die über zehn Jahre geduldig immer neue Lösungen und Vorschläge im Zusammenhang mit diesem Projekt akzeptiert hat. Unser Dank gilt in diesem Zusammenhang auch meinem Kollegen Prof. Ludolf Herbst, der die Vorschläge von Herrn Laufer damals aufgegriffen hat und einen ersten Antrag bei Thyssen gestellt hat. Nicht weniger sind Igor Lebedev und Petr Stegnij zu nennen, die als Vorgänger von Herrn Čurilin der Historisch-Dokumentarischen Verwaltung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten beteiligt waren bei der Vorbereitung der Edition. Dank gilt auch Prof. Alexander Tschubarjan und Prof. Horst Möller, denen wir wesentlich die Unterstützung dieses Projektes durch die Deutsch-Russische Historikerkommission verdanken. Schließlich wäre das ganze Unternehmen natürlich völlig undenkbar oh-

ne die reibungslose und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen denen, die die eigentliche Kärrnerarbeit geleistet haben, nämlich Herrn Kynin und Herrn Laufer. Insbesondere die beharrlichen Leistungen von Herrn Kynin nötigen uns großen Respekt ab. Er hat weder Zeit noch Mühe gescheut, um nicht nur die russische, sondern eben auch die deutsche Ausgabe, die heute vorgestellt wird, zu vollenden. Wir konnten uns auf seine Zusagen stets verlassen. Ich habe das persönlich auch immer wieder beobachten können. Auch den Übersetzern dieses schwierigen Unternehmens sei hier herzlich gedankt. Darüber hinaus gibt es einige der im Saal Anwesenden, die den Bearbeitern geholfen haben, Frau Götze, Herr Dr. Weber und Frau Harriet aus München. Im Umfeld der Bearbeitung und der Recherchen sind sie für die beiden sehr wichtig gewesen.

Die vorliegende Edition ist ein Beweis für die großen Chancen geschichtswissenschaftlicher Kooperation deutscher und russischer Historiker und Archivare.

[...]



Fritz Rudolf Körper

(Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern)

[...]

Diese Entwicklungen vor dem interessierten Leser auszubreiten und nachzuzeichnen ist das Verdienst der Edition, die wir heute vorstellen.

Sie tut dies auf der Grundlage der freigegebenen Akten im Archiv des Außenministeriums der Russischen Föderation. Dabei verschweigen die Herausgeber die Grenzen der Dokumentation nicht, die sich eben nur auf die Akten aus diesem einen Archiv stützt. Andere wichtige Archive sind Forschern nach wie vor ganz oder teilweise verschlossen.

Mit Recht heben die Herausgeber in ihrer Einleitung hervor, daß der Konflikt zwischen dem Wünschbaren und dem Möglichen ihre Arbeit bestimmt hat. Ich denke, die von ihnen vorgelegte Edition präsentiert auf bestem Niveau das, was gegenwärtig möglich ist.

Das sollte aber nicht daran hindern, auf das hinzuweisen, was wünschenswert ist. Dazu zählt der freie Zugang zu den „deklassifizierten", also den

nicht mehr als geheim eingestuften Akten; dies schließt nach meinem Dafürhalten auch die für den deutschen Historiker unabdingbare Nutzung jener Aktenverzeichnisse ein, die Archivare etwas kryptisch „Findmittel" nennen.

Die Gemeinsame Deutsch-Russische Historikerkommission hat sich bei ihren beiden zurückliegenden Sitzungen im Grundsatz positiv über eine Fortsetzung der Edition geäußert. Mit Recht verweist die Kommission dabei aber auch auf die Beachtung internationaler wissenschaftlicher Standards, wenn es um die Weiterführung der bisher so erfolgreichen Kooperation geht.

Ich will nicht verhehlen, daß mir eine Edition zur deutschen Frage aus sowjetischer Perspektive, die 1948 endete, auf den ersten Blick unvollständig erscheinen würde. Schließlich war das Jahr 1949 von ausschlaggebender Bedeutung für die weitere Entwicklung Deutschlands in den folgenden 40 Jahren.

[...]

Es wäre daher aus meiner Sicht für Wissenschaft und interessierte Öffentlichkeit ein Gewinn, aus russischen Archiven so umfassend und so gründlich wie möglich über die Vorgänge und Planungen in der Sowjetunion zur deutschen Frage im Jahr 1949 informiert zu werden.

So hoffe ich, daß sich die Lösung des Konflikts zwischen dem Wünschbaren und dem Möglichen bei einer Fortsetzung der bewährten Zusammenarbeit zwischen dem Zentrum für Zeithistorische Forschung und der Historisch-Dokumentarischen Verwaltung des Außenministeriums noch weiter in Richtung des Wünschbaren verschieben möge.*



Vladimir V. Polenov

(Gesandter der Russischen Föderation in Deutschland)

[...]

Es ist für unsere diplomatischen Dienste, Historiker und alle politisch Interessierten ein bemerkenswertes Ereignis, das uns heute zusammengeführt

* Der vollständige Text des Grußworts des Parlamentarischen Staatssekretärs ist einzusehen unter: http://www.bmi.bund.de/nn_161684/Internet/Content/Themen/Deutsche_Einheit/DatenundFakten/Edition_UdSSR_und_deutsche_Frage. html

hat. Soeben erschienen sind drei Bände mit zahlreichen Dokumenten aus dem außenpolitischen Archiv des russischen Außenministeriums in deutscher Übersetzung, die die Zeit des Zweiten Weltkrieges und der ersten Nachkriegsjahre ausleuchten. Forschungen der Wissenschaftler über die Diplomatie der Kriegszeit haben somit neue Nahrung bekommen. Die Edition ist – glaube ich – unschätzbar, gerade im Vorfeld des 60. Jahrestages des Kriegsendes in Europa. Sie gibt viel mehr als früher Auskunft über Motive und Pläne der sowjetischen Führung bei der Formulierung ihrer Politik in bezug auf Deutschland und den Kontakten mit den Alliierten aus der Anti-Hitler-Koalition.

[...]

Überaus wichtig ist, daß nunmehr auch für deutsche Forscher Dokumente zur Deutschlandpolitik der UdSSR in den ersten Nachkriegsjahren zugänglich geworden sind. Somit lassen sich die Ursprünge des Leitansatzes dieser Deutschlandpolitik, der im Endeffekt das Herangehen Moskaus an die Vereinigung Deutschlands im Jahre 1990 bestimmt hat und der für den Kurs Rußlands auf die strategische Partnerschaft mit der heutigen Bundesrepublik Deutschland nach wie vor ein zentrales Element ist, zurückverfolgen. Das Erscheinen der besagten Archivdokumente in russischer und nun auch in deutscher Sprache ist als Ausdruck vertrauensvoller russisch-deutscher Zusammenarbeit zu werten, bei der schwierige Themen der Vergangenheit nicht ausgeklammert werden. Wir wären sehr dafür, daß diese Arbeit unter der Ägide der Gemeinsamen Russisch-Deutschen Historikerkommission fortgesetzt wird. Manche glauben, die Geschichte umschreiben oder sie durch Tausch von Ursache und Folge zumindest nachbessern zu können. Diesem Glauben oder Irrglauben setzen wir heute gemeinsam fundiertes Wissen aus den Quellen entgegen. Denn wie Goethe einmal sagte: Der Glaube ist nicht der Anfang, sondern das Ende alles Wissens.

Ich wünsche den Herausgebern der Sammelbände viel Erfolg bei der Fortsetzung dieser anerkennungswürdigen Arbeit. Danke.

Aleksandr Čurilin

(Chef der Historisch Dokumentarischen Verwaltung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Russischen Föderation)

[...]

Für die Vorbereitung dieser Edition hat unser Archiv Dokumente im Umfang von etwa 20.000 Blatt bereitgestellt. 95 Prozent davon konnten zum

ersten Mal veröffentlicht werden. Vom Inhalt und Wert der in der Edition vorgestellten Dokumente zeugt schon der Einband, der einen Bericht Molotovs an Stalin wiedergibt, auf dem Stalin seine Zustimmung vermerkte.

[...]

Die in der Edition wiedergegebenen Dokumente geben eine Vorstellung von den auf die Schaffung eines Systems von Sicherheit und Stabilität in Europa gerichteten komplizierten Anstrengungen zur Vollendung der militärischen Aufgaben, aber auch von den schwierigen Verhandlungen, die die Sowjetunion mit ihren Verbündeten während des Zweiten Weltkrieges in diesem Zusammenhang führte. Der größte Teil dieser Arbeit wurde auch im Interesse des deutschen Volkes geführt. In diesem Zusammenhang sollte vielleicht auch an die Rolle erinnert werden, die die sowjetische Führung bei der Vereinigung Ihres Landes gespielt hat, das durch den Kalten Krieg geteilt wurde.

Die deutsche Fassung dieser Sammelbände wurde etwas später veröffentlicht als die russische Ausgabe. Aber es trifft sich sehr gut, daß die Edition im Vorfeld des 60. Jahrestages des Sieges über den Faschismus erscheint. Zeigt sie doch ein weiteres, äußerst wichtiges Stück des Kampfes gegen diese für die Menschheit tödliche Gefahr. Das Erscheinen dieser Edition zeugt von dem völlig neuen Geist des gegenseitigen Vertrauens und der strategischen Partnerschaft, die in den deutsch-russischen Beziehungen errichtet wurde und die es gestattet, die Geschichte der Beziehungen zwischen Deutschen und Russen unvoreingenommen zu betrachten. Wir meinen, daß diese Arbeit von allergrößter Bedeutung ist und unbedingt fortgesetzt werden muß.

[...]

Die ersten drei Bände der Edition, die in Rußland erschienen, sind bei den Historikern Rußlands auf ein großes Interesse und eine positive Reaktion gestoßen. Das spornt uns als Historisch-Dokumentarische Verwaltung an, diese wichtige Arbeit fortzusetzen und nötigt uns, über neue Vorhaben nachzudenken. Diese Arbeit geht über die rein akademische Forschung hinaus. Sie wird von den Völkern unserer Länder benötigt, insbesondere von der gerade ins Leben eintretenden jungen Generation in Rußland und Deutschland.



Florian Simon

(Juniorchef des Verlags Duncker&Humblot)

[...]

Es handelt sich um ein erfreuliches Projekt, weil hier Deutsche und Russen an frei gewordenen Dokumenten zusammen arbeiteten, die vielleicht ein neues Licht auf die deutsch-russische Geschichte in den Jahren 1941 bis 1948 werfen können. Ich kann nur noch einmal meinen großen Dank aussprechen für das uns von Herrn Laufer und Herrn Kynin entgegengebrachte Vertrauen, uns das dreibändige Werk in Verlag gegeben zu haben. Ich hoffe, wir haben das Vertrauen nicht enttäuscht. Ich fühle mich sehr geehrt, daß uns so großes Lob entgegen schlägt, was ein wenig beschämt. Wir haben versucht, uns in verlegerischer Hinsicht dem hohen Wert des Inhaltes anzupassen. Ein solches Projekt ist im allgemeinen nicht denkbar ohne das Engagement von Institutionen und Personen. Ich denke dabei vor allem an die Deutsch-Russische Historikerkommission, das Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam, das Bundesministerium des Innern, sowie die Deutsche Forschungsgemeinschaft, die dieses Projekt sowohl in finanzieller als auch personeller Weise mit großem Engagement gefördert haben. Natürlich ist eine solche Publikation nicht denkbar ohne Mitarbeiter, die im Hintergrund tätig waren wie Herr Hertel, der die Satzvorlage – eine fast titanische Aufgabe – dieses dreibändigen Werkes erstellt hat, sowie Frau Schunder und Frau Moya, die die Satzkorrekturen durchführten. Ebenfalls ganz herzlichen Dank hierfür (Beifall). Der Worte sind nun genug gewechselt, ich freue mich schon sehr – ich hoffe wie Sie alle auch – auf die Podiumsdiskussion. Ich bedanke mich noch einmal sehr herzlich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche uns allen noch einen interessanten und sehr schönen Abend.

Anlage 2

Auszug aus dem föderativen Gesetz der Russischen Föderation vom 22. Oktober 2004 Nr. 125-FZ „Betr. Archivangelegenheiten der Russischen Föderation“[1]

[...][2]

6. Kapitel „Zugang zu Archivdokumenten und ihre Nutzung

§ 24. Zugang zu Archivdokumenten

1. Nutzer von Archivdokumenten haben das Recht, Archivdokumente zur Einsichtnahme frei zu suchen und zu erhalten. Der Zugang zu den Archivdokumenten wird gesichert, indem den Benutzern von Archivdokumenten Auskunfts- und Findmittel und Informationen über diese Mittel sowie die Originale bzw. die Kopien der von Ihnen benötigten Dokumente zur Verfügung gestellt werden.

2. [Zugang zu privaten Archiven werden durch deren Besitzer geregelt]

§ 25. Einschränkung des Zugangs zu Archivdokumenten

1. Der Zugang zu Archivdokumenten kann im Einklang mit internationalen Verträgen der Russischen Föderation, der Gesetzgebung der Russischen Föderation sowie entsprechender Verfügungen seitens der Eigentümer oder Besitzer von Archivdokumenten eingeschränkt werden.

2. Unabhängig von der Form ihres Eigentums ist der Zugang zu Archivdokumenten beschränkt, die Staatsgeheimnisse oder andere durch die Gesetzgebung der Russischen Föderation geschützte Geheimnisse beinhalten. Einschränkungen unterliegt ferner der Zugang zu den Originalen besonders wertvoller Dokumente, insbesondere von Unikaten, sowie zu Dokumenten des Archivfonds der Russischen Föderation, die sich in einem unbefriedigenden physischen Zustand befinden und als solche durch ein von der

---

1 Angenommen von der Staatsduma am 1. Oktober 2004, bestätigt durch den Bundesrat am 13. Oktober 2004. Das Gesetz ist am 27. Oktober mit der Veröffentlichung in der Rossijskaja Gazeta in Kraft getreten.

2 Das außerordentlich umfangreiche Gesetz zielt primär auf die Wahrung der Einheit und auf die einheitliche Entwicklung des Archivfonds der Russischen Föderationen. Von den neun Kapiteln und 32 Artikel dieses Gesetzes, beziehen sich lediglich ein Kapitel und die Artikel 24 – 26 auf die Vereinheitlichung der Archivbenutzung.

Regierung der Russischen Föderation eigens dazu bevollmächtigtes Exekutivorgan entsprechend ausgewiesen wurden. Die Aufhebung der Zugangsbegrenzungen zu Archivdokumenten, die Staatsgeheimnisse oder andere durch die Gesetzgebung der Russischen Föderation geschützte Geheimnisse enthalten, erfolgt gemäß der Gesetzgebung der Russischen Föderation.

3. Der Zugang zu Archivdokumenten, die Angaben zu persönlichen oder familiären Geheimnissen der Bürger, ihrem Privatleben oder Angaben enthalten, die ihre Sicherheit gefährden, wird für die Dauer von 75 Jahren nach ihrer Erstellung eingeschränkt. Die Beschränkungen für den Zugang zu Archivdokumenten, die Angaben zu persönlichen oder familiären Geheimnissen der Bürger, ihrem Privatleben oder Angaben enthalten, die ihre Sicherheit gefährden, können vor Ablauf der Sperrfrist von 75 Jahren nach ihrer Erstellung aufgehoben werden, wenn eine schriftliche Erlaubnis des entsprechenden Bürgers bzw. nach dessen Tod die seiner Erben vorliegt.

§ 26. Nutzung der Archivdokumente

1. Der Nutzer von Archivdokumenten hat das Recht, die in den ihm zur Verfügung gestellten Archivdokumenten enthaltenen Informationen für alle Ziele und Zwecke zu nutzen, weiterzugeben und zu veröffentlichen, die gesetzeskonform sind. Das gleiche gilt für Kopien von Archivdokumenten.

2. Die staatlichen und munizipalen Archive, Museen und Bibliotheken, wie auch die Einrichtungen der Akademie der Wissenschaften sichern den Nutzern der Archivdokumente all das, was zur Suche und zur Untersuchung der Archivdokumente notwendig ist.

3. [unentgeltliche Archivnutzung in Zusammenhang mit sozialen Rechten der Bürger]

4. [Auskunftserteilung gegen Gebühren]

5. Die Benutzungsordnung für Archivdokumente in staatlichen und kommunalen Archiven wird durch ein von der Regierung der Russischen Föderation eigens dazu bevollmächtigtes Exekutivorgan bestimmt. Die Benutzungsordnung für Archivdokumente in staatlichen Einrichtungen und Einrichtungen der örtlichen Selbstverwaltungen, in staatlichen und kommunalen Organisationen, in staatlichen und kommunalen Museen, Bibliotheken und Einrichtungen der Russischen Akademie der Wissenschaften wird von diesen selbst auf Grundlage der Gesetze der Russischen Föderation und in Übereinstimmung mit den Regeln bestimmt, die durch ein von der Regierung der Russischen Föderation eigens dazu bevollmächtigtes Exekutivorgan verabschiedet wurden.

6. [Regelung des intellektuellen Eigentums]

7. [Zusammenarbeit der Archive mit den staatlichen Einrichtungen und mit den Organen der örtlichen Selbstverwaltungen]

8. [Rückgabe zeitweilig entnommener Archivdokumente]